

Putsch in Thailand: Rückkehr des Militärs in die Politik?

Bünthe, Marco

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bünthe, M. (2006). Putsch in Thailand: Rückkehr des Militärs in die Politik? *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(6), 35-46. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-336786>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Putsch in Thailand: Rückkehr des Militärs in die Politik?

Marco Bünte

Thailand's 18th Military Coup: The Return of the Generals?

Abstract

The 18th military coup in Thai history ended the era of Thaksin Shinawatra. The reasons for the coup lie in both the lacking professionalization of the Thai military and the increasing confrontation between the prime minister and the military generals. After the putsch initially has been welcomed by the Thai middle class and the Crown, the military now is preparing to stay in power till the next elections. It remains to be seen whether this will be accepted by the vibrant civil society of Bangkok and the masses in Thaksin's stronghold in the north of the country.

Keywords: Thailand, military, coup, democracy

Einleitung

Der 18. Militärputsch in der thailändischen Geschichte beendete das jüngste Experiment des Landes mit der Demokratie. Regierungschef Thaksin Shinawatra wurde am 19. September 2006 von einer Militärclique um den royalistischen General Sonthi Boonyaratkalin abgesetzt. Die königstreuen Militärs übernahmen in Form eines „Staatsrates für Verwaltungsreformen“ die Macht. Damit kehrte das thailändische Militär nach 15 Jahren ziviler Herrschaft auf die politische Bühne zurück. Der Militärrat versprach zwar, die Macht an das Volk zurückzugeben. Hierzu sollen eine Verfassung ausgearbeitet und in einem Jahr Wahlen abgehalten

werden. Allerdings bleiben auch vier Wochen nach dem Staatsstreich der Ausnahmezustand und das Versammlungsverbot erhalten. Im Ausland wächst die Sorge, dass sich das Militär dauerhaft an der Macht etablieren könnte. Welche Gründe lassen sich nun für den neuerlichen Militärputsch erkennen? Welche Resonanz hat er im In- und Ausland gefunden und welche Folgen hat er für die Demokratisierung des Königreichs? Diese Fragen stehen im Zentrum der Analyse. Es zeigt sich, dass der demokratische Staat es nicht geschafft hat, das Militär unter zivile Kontrolle zu bringen. Die demokratischen Institutionen waren zu schwach, um die massiven Probleme des Landes, wie die Regierungskrise und die wachsende Polarisierung zwischen den Anhängern von Premierminister Thaksin und seinen Gegnern, zu lösen. Der Militärputsch vom 19. September beendete nun diese Frontstellung.

Der 18. Militärputsch in Thailand: eine Chronologie

Kurz nach 18 Uhr Ortszeit rollten am Dienstag, dem 19. September 2006, zahlreiche Panzer auf das Regierungsviertel in Bangkok zu. Soldaten in Uniform entwaffneten die Wachmannschaften im Regierungsgebäude, besetzten die Rundfunk- und Medienanstalten und übernahmen die Macht im Staat. Die Kommandierenden der Streitkräfte hatten am Vormittag eine Telefonkonferenz mit Regierungschef Thaksin, der sich bei der UNO in New York aufhielt, plätzen lassen und immer mehr Einheiten aus den umliegenden Provinzen im Armeehauptquartier in Bangkok zusammengezogen. Den gesamten Tag über kursierten Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch. Als am Abend im Programm des Armeesenders königliche Musik gespielt wurde – wie bei früheren Militärputschen üblich –, wurde vollends deutlich, dass ein Staatsstreich in Gange war. Der Anführer der Putschisten, Armeechef General Sonthi Boonyaratkalin, erklärte den regierenden Premierminister für abgesetzt. Thaksin versuchte noch, in einer live aus New York übertragenen Fernsehsendung, General Sonthi zu entmachten und seinen Vertrauten General Runjoj Mahasaranond zum Oberkommandierenden zu ernennen. Die Leitung nach New York wurde jedoch unterbrochen, ehe Thaksin die Mitteilung beenden konnte. Thaksin hatte folglich keinen Einfluss mehr auf die Geschehnisse in Bangkok.

Die Thaksin-Verbündeten im Militär sahen sich schon früh in der Minderheit und hatten den geschlossen auftretenden Putschisten nichts entgegensetzen. Die königstreuen Militärs übernahmen in Form eines „Staatsrates für Verwal-

tungsreformen“ selbst die Macht. Der Rat, dem alle Waffengattungen (Armee, Luftwaffe, Marine, Polizei) angehörten, setzte die Verfassung, das Parlament und das Verfassungsgericht außer Kraft. Als Gründe für den Putsch gab das Militär die Korruption der Thaksin-Regierung und die wachsende Spaltung des Landes an (N, 21.9.06). Der Militärtrat versprach, die Macht an das Volk zurückzugeben. Binnen zwei Wochen sollte eine Interimsverfassung geschrieben und eine zivile Regierung ernannt werden, die Voraussetzungen für Wahlen im Oktober 2007 schaffen soll.

In kürzester Zeit wurden Thaksins Verbündete von den Schaltstellen der Macht entfernt. So wurden etwa der stellvertretende Premierminister Chitchai, Kabinettssekretär Newin Chidchob und der Generalsekretär der Thai Rak Thai-Partei, Prommin Lertsuidej, nach dem Putsch vorübergehend festgenommen. Andere enge Verbündete des Premierministers, wie Außenminister Kantati oder Gesundheitsminister Sudarat, befanden sich ohnehin im Ausland und kehrten nicht in ihr Heimatland zurück. Thaksins Frau Pojaman floh nach Singapur.

Die Bevölkerung Bangkoks schien den Putsch zu begrüßen. Im Fernsehen wurden Bilder gezeigt, wie junge Mütter den Soldaten gelbe Rosen überreichten. In einer Blitzumfrage des Rajabhat Suan Dusit College unter 2.019 Thais zeigten sich 84% der Befragten davon überzeugt, dass der Putsch die politische Situation entspannen würde (BP, 21.9.06). Auch die Zivilgesellschaft schien den Putsch als notwendiges Übel hinzunehmen. Schließlich hatte sie den König bereits im Frühjahr dieses Jahres dazu aufgefordert, Thaksin abzusetzen und eine Interimsregierung zu benennen. In einem Editorial der *Bangkok Post* war zu lesen, dass der Putsch ein „notwendiger Schritt zurück war, um in Zukunft vorankommen zu können“. Einige Akademiker des Landes verteidigten den Coup als „notwendigen Präventivschlag“, da die Gesellschaft vor einer gewaltsamen Polarisierung gestanden habe. Nur wenige Intellektuelle sprachen sich explizit gegen den Militärputsch aus. Um Unruhen auf dem Land vorzubeugen, wo Thaksin die meisten Anhänger hat, verhängte die Militärregierung ein Versammlungsverbot und eine Pressezensur. In 17 Provinzen des Nordens und Nordostens ließen die Putschgeneräle lokale Radiostationen schließen und bestellten Redakteure anderer Medien zu Gesprächen ein.

Zu Protesten gegen die neue Junta kam es hier erst sechs Tage später. In mehreren Provinzen des Nordens wurden Flugblätter sichergestellt, die sich gegen die militärische Übergangsregierung aussprachen. Es wurden auch Pläne für Protestkundgebungen bekannt. Der für die Region zuständige Kommandeur forderte Ruhe ein. Abgeordnete, Bürgermeister und andere Vertreter der Provinzen wur-

den einbestellt und angewiesen, Versammlungen zu verhindern. Den Bürgern der Region drohte die Junta mit finanziellen Strafen, sollten sie an Protesten teilnehmen. Unter anderem würden die Kredite zurückverlangt, die sie im Rahmen der von Thaksin eingeführten Dorfkreditprogramme erhalten hatten.

Im Ausland rief der Putsch gemischte Reaktionen hervor. US-Präsident George W. Bush verurteilte den Putsch als undemokratisch. Insbesondere das Verbot politischer Aktivitäten würde weiter beobachtet werden (WSJ, 21.9.06). UN-Generalsekretär Kofi Annan zeigte sich tief besorgt und rief die Militärführung dazu auf, möglichst schnell Wahlen ausrufen zu lassen. Auch die EU verurteilte den Putsch und verlangte eine sofortige Rückkehr zu einer demokratisch gewählten Regierung (WSJ, 20.9.06). Die ASEAN-Staaten äußerten sich zurückhaltender. Der Generalsekretär der ASEAN, Ong Keng Yong, bezeichnete die Entwicklungen in Thailand als nicht förderlich für die ASEAN, da die politische Stabilität des Landes für die Staatengemeinschaft sehr wichtig sei. Der indonesische Außenminister Hassan Wiraydua äußerte die Hoffnung, dass die demokratischen Freiheiten rasch wieder hergestellt würden.

Die Ursachen für das Eingreifen des Militärs

Ein Grund für das Einschreiten des Militärs ist die ausbleibende Professionalisierung der Streitkräfte. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington definierte eine professionelle Armee als Militär, das „seine begrenzten Aufgaben und die Kontrolle der zivilen Führung anerkennt“ (Huntington 1991: 243). In Thailand ist es in den letzten zehn Jahren versäumt worden, die Professionalisierung der Streitkräfte weiter voranzutreiben. Stattdessen ist es unter Thaksin zu einer Repolitisierung des Militärs gekommen. Gleichzeitig erlebte das Land seit Jahresbeginn eine politische Krise und die zunehmende Polarisierung zwischen Thaksins Anhängern und seinen Gegnern. Mit Unterstützung bzw. mit dem Wohlwollen des Kronrats und des Königs schritt die Militärclique um General Sonthi schließlich zur Tat und stürzte die Thaksin-Regierung.

Mangelnde Professionalisierung des Militärs

Das thailändische Militär war lange Zeit der dominierende Faktor in der thailändischen Politik und spielt auch heute noch eine bedeutende Rolle. Nach der Abschaffung der absoluten Monarchie im Jahr 1932 bis zur Demokratisierung

1992 war das Militär (neben dem Königtum) die mächtigste politische Institution des Landes. Nach dem Putsch 1991 und der Demokratisierung 1992 geriet das Militär unter starken Druck, sich zu reformieren. Seitdem wurden verstärkt Soldaten mit einer professionellen und demokratischen Einstellung in Führungspositionen der Armee berufen. Die Oberkommandierenden verzichteten darauf, sich in die Politik des Landes einzumischen und sich zu politischen Streitfragen zu äußern. Das Militär zog sich aus den Aufsichtsräten vieler Staatsunternehmen zurück und reformierte die Lehrpläne der Militärakademie. Trotz dieser Erfolge ging die Reform der Streitkräfte nicht weit genug. Das Militär konnte umfassende institutionelle Neuerungen verhindern. So wurde die zivile Kontrolle über das Militär nur geringfügig erhöht und das Militär beansprucht nach wie vor wichtige Privilegien für sich. Trotz des großen Drucks, die militäreigenen Rundfunk- und Fernsehanstalten aufzugeben, konnte die Armee ihr Netz aus Medienanstalten erhalten. Das thailändische Militär beansprucht auch weiterhin in vielen Bereichen, seien es Personalentscheidungen, Ausbildung, Mannschaftsstärke sowie Wehrorganisation, autonome Regelungskompetenzen.

Tab. 1: Das thailändische Militär: Budgetkürzungen und ausländische Hilfe

Jahr	Größe (Mann)	Verteidigungsbudget (in Mrd. US\$)	US-Unterstützung (in Mrd. US\$)
1992	295.000	2,7	2,0
1994	256.000	3,5	3,4
1996	254.000	4,0	2,9
1998	306.000	2,0	3,9
2000	301.000	2,0	1,6
2002	306.000	1,9	3,0
2004	306.000	1,9	3,5
2005	306.000	1,9	3,9

Quelle: ISS: *Military Balance*, London, verschiedene Jahrgänge.

Auch bei der Beschaffungspolitik, Militärgüterproduktion und hinsichtlich der Formulierung der nationalen Verteidigungspolitik agiert es autonom (Croissant 2002: 158; Ockey 2001). Zwar wurde mit Premierminister Chuan Leekpai 1997 zum ersten Mal ein Zivilist Verteidigungsminister, Chuan konnte sich aber nur durchsetzen, weil er sich auf den Rückhalt des Kronratsvorsitzenden und ehemaligen Premierministers General Prem verlassen konnte (McCargo/Ukrist 2005: 131). Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise musste das Militär massive Bud-

getkürzungen hinnehmen und auf eine technologische Modernisierung seiner Ausrüstung verzichten. Die Budgetkürzungen konnten jedoch teilweise durch Hilfe vor allem aus den USA kompensiert werden.

Das bisherige Ausbleiben eines Putsches konnte als Erfolg für die demokratische Konsolidierung betrachtet werden. Bereits Ende der 1990er-Jahre hatte die thailändische Demokratie mehrere Regierungskrisen überstanden, ohne dass das Militär eingeschritten war. Während der Asienkrise lehnte das Militär die Installierung einer Übergangsregierung ab, über die mehrere Wochen in der Presse spekuliert worden war. Auch nach den chaotischen Wahlen zum Senat im Januar 2001 ließ sich die Militärführung unter General Sulanont nicht zu einem Putsch hinreißen, obwohl sie von Teilen der konservativen Bürokraten und Politiker dazu aufgefordert worden war. Die erste Phase der demokratischen Konsolidierung war folglich durch eine halbherzige Professionalisierung des Militärs gekennzeichnet – ohne ausreichende institutionelle Reformen, um die Zivilisierung des Militärs abzusichern (hierzu Bunte 2000: 85-92; Croissant 2002: 156-164).

Erneute Politisierung des Militärs und zunehmende Konfrontation mit Thaksin

Unter Thaksin kam die Reform der Streitkräfte zum Stillstand, eine erneute Repolitisierung des Militärs fand statt. Thaksin besetzte Führungsstellen der Armee mit ihm nahe stehenden Militärs der Abschlussklasse zehner der Militärakademie (Mc-Cargo/Ukrist 2005: 134-154). Die Konflikte zwischen Thaksin und dem Militär haben vor allem in den letzten sechs Monaten deutlich zugenommen. Dafür waren drei Ereignisse verantwortlich: 1. die Einmischung Thaksins in die Personalpolitik des Militärs, 2. die Demütigung des Militärs bei der Untersuchung des Attentats auf Thaksin und 3. unterschiedliche Auffassungen bei der Lösung des Konflikts in Thailands Süden.

Seit einem geheimen Treffen Thaksins mit Offizieren der Abschlussklasse zehner im Juli 2006 wuchs die Unzufriedenheit im Militär über die Einmischung der Regierung in die Angelegenheiten der Armee stark an. So gab es deutliche Anzeichen dafür, dass Thaksin die jährlichen Beförderungen im Militär dazu nutzen wollte, seine eigene Machtbasis auszuweiten. Armeechef Sonthi Boonyaratkalin klagte gegenüber der Presse mehrfach über die Einflussnahme von zivilen Politikern auf die Beförderungsliste der Armee und gab zu erkennen, dass das Senioritätsprinzip nicht zugunsten persönlicher Beziehungen aufgeweicht werden

dürfte (BP, 28.8.06). Es kursierten auch Gerüchte, dass der Armeechef selbst durch Klassenkameraden Thaksins ersetzt werden sollte (BP, 21.7.06).

Darüber hinaus sorgte die Untersuchung des Attentats auf Premierminister Thaksin für zusätzlichen Sprengstoff. Im August wurde vor dem Haus Thaksins eine Autobombe gefunden, die jedoch nicht detonierte. Der Fahrer und vier Generäle wurden verhört. Thaksin äußerte gegenüber der Presse die Vermutung, dass gewisse Cliques im Militär einen Staatsstreich planen würden. Gleichzeitig entließ er den Leiter des Internal Security Command, Panlop Pinmanee. Dieser klagte Thaksin an, den Bombenanschlag selbst inszeniert zu haben, um die Reputation des Militärs zu beschädigen (BP, 27.8.06). Kritiker Thaksins sahen im vermeintlich nur vorgespiegelten Bombenattentat den Versuch, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Die verbalen Auseinandersetzungen verdeutlichten die verstärkte Konfrontation Thaksins mit dem Militär.

Schließlich führten auch unterschiedliche Auffassungen, wie der Konflikt in den mehrheitlich muslimischen Provinzen des Südens gelöst werden könnte, zu Divergenzen zwischen Thaksin und der Armeeführung. General Sonthi wurde von Thaksin zum Oberkommandierenden ernannt, um die separatistisch motivierte Gewalt im Süden zu bekämpfen. Als erster muslimischer Oberkommandierender der Streitkräfte sollte er insbesondere das Vertrauen der Muslime im Süden gewinnen. Tatsächlich liefen aber alle Befehlsstränge bei Thaksin zusammen und eine verstärkte Koordination der Sicherheitskräfte fand nicht statt. Anfang September schlug Sonthi vor, Verhandlungen mit den Separatisten aufzunehmen. Nachdem Thaksin den Vorschlag abgelehnt hatte, gelangte der Armeechef zu der Auffassung, dass das Problem des Südens „nur ohne politische Einflussnahme“ gelöst werden könnte. Nach den Bombenanschlägen im Touristenort Hat Yai Anfang September hat sich bei einigen Militärs vermutlich die Auffassung durchgesetzt, dass Thaksin ein Hindernis für die Konfliktlösung sei.

Diese Entwicklungen verweisen auf die immer schärfer werdende Konfrontation zwischen Thaksin und dem Militär. Bereits im Juli sprach der frühere Premierminister und Vorsitzende des Kronrats, General Prem, in einer Rede vor der Militärakademie des Landes eine deutliche Warnung an Thaksin aus, sich nicht weiter in die Belange des Militärs einzumischen. In seiner aufsehen erregenden Ansprache verglich er das Militär mit einem Pferd und die Regierung mit dessen Reiter:

In horseracing, horse owners hire jockeys to ride the horse. The jockeys do not own the horses. They just ride them. A government is like a jockey. It supervises soldiers but the real owners are the country and the king. The government supervises and employs us in compliance with the policy declared to parliament [...] What I mean is that we are the country's soldiers. Governments come and go. (BP, 20.7.06)

Nur eine Woche vor dem Putsch machten die Führer aller Waffengattungen erneut eine Eingabe beim Kronrat und beschwerten sich über die Einflussnahme der Regierung bei den jährlichen Beförderungen innerhalb der Armee (ST, 23.9.06).

Die Legitimierung des Staatsstreichs: die Rolle der Krone

Bereits einen Tag nach dem Putsch ordnete König Bhumibol Adulyadej an, dass die Bevölkerung Ruhe bewahren und dem Militär Rat Folge leisten solle. Drei Tage nach dem Putsch wurde General Sonthi die Ernennungsurkunde ausgehändigt. Damit legitimierte der thailändische Monarch den Putsch nachträglich und sorgte für politische Stabilität. Fraglich ist jedoch, inwieweit der Monarch den Putsch bereits vorher unterstützt und dadurch erst ermöglicht hat. Für das Handeln der Soldaten ist der König von zentraler Bedeutung. Gegenüber einer thailändischen Zeitung sagte General Sonthi, dass die Polarisierung der thailändischen Gesellschaft und die Gefährdung der Monarchie den wesentlichen Anstoß für das Handeln der Soldaten dargestellt habe:

The country's problem has saddened His Majesty, which has upset and worried me. As a soldier of His Majesty I would like to help him relieve his worry and the army strictly adhere to whatever advice he gives us. (zitiert nach SCMP, 21.9.06)

Vieles spricht dafür, dass der König im Hintergrund eine aktive Rolle gespielt hat. Seit dem Rückzug des Militärs aus der Politik blieb das Königtum als einzig stabilisierende Institution erhalten, die in der Elite und in der breiten Bevölkerung über eine sehr große Unterstützung verfügte und zur Legitimation der Herrschaft entscheidend beitrug. Obwohl verfassungsrechtlich über der Politik stehend, greift der König in Krisenzeiten aktiv in die Politik ein. Für das reibungslose Funktionieren dieser „Netzwerk-Monarchie“ (McCargo 2006) war insbesondere der frühere Premierminister und Kronratsvorsitzende Prem verantwortlich. Prem verfügt

über zahlreiche Kontakte zur Großindustrie, den politischen Parteien und dem Militär. Prem steht dem Putschgeneral Sonthi sehr nahe und hat dessen Aufstieg innerhalb der Armee aktiv gefördert (McCargo/Ukrist 2005: 131). Darüber hinaus hatte Prem am Tag des Putsches eine Audienz beim König (N, 21.9.06). Dies lässt den Schluss zu, dass der König schon im Vorfeld über das Eingreifen des Militärs informiert war und es befürwortete.

Quo vadis Thailand? Das Königreich nach dem Militärputsch

Der Putsch vom 19. September 2006 stellt einen herben Rückschlag für die thailändische Demokratie dar. Fraglich ist vor allem, ob und wann das Militär wieder in die Kasernen zurückkehrt. Die bisher vom Militär eingeleiteten Schritte deuten darauf hin, dass es dem Militär um eine Kontrolle des politischen Prozesses und um eine langsame Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform geht. Die Militärregierung hat bislang ihr Wort nicht gehalten, die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben. Stattdessen hat sich der „Staatsrat für Verwaltungsreformen“ zum „Nationalen Sicherheitsrat“ des Landes gewandelt. Bei dem Anfang Oktober von der Junta ernannten Premierminister handelt es sich nicht um einen Zivilisten, sondern um den ehemaligen Oberbefehlshaber der Armee, Surayud Chulanont. Dieser gehört dem Kronrat an und genießt das Vertrauen von König Bhumibol und dem Militär. Er soll bis zu den Wahlen, die vom Militär für den Oktober 2007 vorgesehen sind, die Übergangsregierung führen. Der nationale Sicherheitsrat bleibt zunächst die mächtigste Institution des Staates. Auf den Regierungschef warten in den nächsten Monaten große Herausforderungen. Die politische Lage muss stabilisiert und die politischen Netzwerke des ehemaligen Regierungschefs müssen zerstört werden, um ein Wiedererstarken des Thaksin-Lagers zu verhindern („Entthaksinisierung“). Darüber hinaus müssen politische Reformen eingeleitet werden. Die Umsetzung dieses Programms wird über den Erfolg der Militärregierung entscheiden.

Entthaksinisierung

Die Stabilität von Thaksins Herrschaft fußte nicht nur auf der großen Popularität des Regierungschefs bei den ländlichen Massen, sondern vor allem auf dem Aufbau eines weit reichenden Netzes persönlicher Klientelbeziehungen zum Militär,

zur Großindustrie und zu den Parteien. Thaksin besetzte Schlüsselpositionen in Armee und Verwaltung mit eigenen Vertrauten. Mit Hilfe der Thai Rak Thai gelang es ihm, eine Partei aufzubauen, die für die Mehrheiten bei den Wahlen sorgte. Nach dem Militärputsch hat die Militärregierung die wichtigsten Stützen des von Thaksin aufgebauten Herrschaftssystems zerschlagen. Es kam zu umfangreichen Entlassungen in Polizei, Militär und Justiz. Darüber hinaus plant die Militärregierung ein Verbot von politischen Aktivitäten für Mitglieder derjenigen Parteien, denen Wahlbetrug bei den Wahlen im April nachgewiesen werden kann. Dies dürfte auf ein faktisches Verbot der Thai Rak Thai hinauslaufen. Die Ankündigung hat zu einem Massenexodus der Thai Rak Thai-Mitglieder geführt. Darüber hinaus versucht die Armee mit Hilfe eines Versammlungsverbots und Ausnahmezustandes, die Opposition in den Thaksin-Hochburgen des Nordens und Nordostens im Keim zu ersticken.

Um den Putsch im Nachhinein zu legitimieren, versucht das Militär auch die Korruptionsfälle der Thaksin-Regierung aufzudecken und die Netzwerke von Thaksins Gefolgsleuten nachzuzeichnen. Der Militärerrat hat eine Untersuchungskommission für Korruptionsfälle eingerichtet. Die achtköpfige Kommission unter dem Vorsitz eines früheren Richters des Obersten Gerichtshofes soll die Regierungsprojekte unter die Lupe nehmen, die von der Thaksin-Regierung bewilligt wurden.

Politische Reformen

Nach dem Putsch hatte das Militär versprochen, die Macht an eine zivile Regierung zurückzugeben, eine neue Verfassung auszuarbeiten und Wahlen abhalten zu lassen. Bislang hat sie diesen Worten keine Taten folgen lassen. Mit der Ankündigung des Nationalen Sicherheitsrates, länger als die angekündigten zwölf Monate im Amt zu bleiben, hat er den Unmut der Zivilgesellschaft in Bangkok heraufbeschworen. Die Zahl der kritischen Stimmen wächst langsam an. Die Koordinatorin der Allianz für Demokratie, Suriyasai Katsasila, die bereits die Proteste gegen Thaksin im Frühjahr koordiniert hatte, forderte die Militärregierung auf, einen detaillierten Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie vorzulegen. Das Militär hat mittlerweile ein Parlament ernannt, das über Budgetfragen und Verordnungen beraten soll. Eine Möglichkeit, den Militärerrat zur Rechenschaft zu ziehen, gibt es nicht.

Darüber hinaus dürfte der Weg zu einer neuen Verfassung sehr kompliziert werden: Aus einem 2.000 Mitglieder umfassenden Gremium sollen 200 Mitglieder für die Verfassungsversammlung vorgeschlagen werden. Der Nationale Sicherheitsrat sucht 100 Mitglieder aus den Vorschlägen aus. Die Verfassung soll von einem 35-köpfigen Expertenteam geschrieben werden, wobei das Militär einen großen Teil dieser Experten wiederum selbst benennt. Dieser Prozess belässt einen Großteil der Entscheidungen beim Militär und eröffnet wenig Raum für Konsultationen. Über die neue Verfassung soll in einem Referendum abgestimmt werden. Wird die Verfassung abgelehnt, hat der Nationale Sicherheitsrat die Möglichkeit, den Entwurf zu verändern. Durch dieses Vorgehen entsteht der Eindruck, als wolle das Militär den Prozess der Verfassungsgebung kontrollieren.

Auch der lange Zeithorizont erstaunt. Schließlich war mit der Verfassung von 1997 ein Dokument verfasst worden, das als Meilenstein für die thailändische Demokratie galt. Es sah eine größere Partizipation der Bevölkerung und stärkere unabhängige Institutionen zur Kontrolle der Regierung vor. Ironischerweise sind einige Bestimmungen der Verfassung unter Thaksin jedoch in ihr Gegenteil verkehrt worden. Eigentlich bedürften jetzt nur diese Punkte einer Änderung. Was gedacht war, um die chronisch instabilen Regierungen zu stabilisieren, hat zu einem Machtübergewicht der Exekutive geführt. So hat die Verfassungsbestimmung, dass Kabinettsmitglieder ihr Parlamentsmandat niederlegen müssen, dazu geführt, dass die Loyalität der Minister gegenüber dem Premierminister gestiegen ist. Ursprünglich sollten die Abgeordneten keine Möglichkeiten erhalten, Patronagemittel in ihre Wahlkreise zu leiten. So aber wurden sie abhängig vom Premierminister. Mit der Vorschrift, dass Abgeordnete 90 Tage vor der Wahl einer politischen Partei angehören müssen, wurde dem Premierminister darüber hinaus ein mächtiges Instrument an die Hand gegeben, um kritische Abgeordnete zu kontrollieren. Ursprünglich sollte dadurch das ständige Wechseln zwischen den Parteien verhindert werden.

Ferner wurden Misstrauensvoten erschwert, um ihre politische Instrumentalisierung zu verhindern. In der letzten Legislaturperiode war es daher fast unmöglich, einen Misstrauensantrag einzubringen und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Mit diesen Maßnahmen war die Exekutive gegenüber der Legislative gestärkt worden. Thaksins Regierung degenerierte dadurch zu einer parlamentarischen Diktatur; die Proteste gegen die Regierung verlagerten sich auf die Straße. Dem Militär obliegt es nun, einen Prozess einzuleiten, der diese Schwächen der thailändischen Demokratie behebt. Der nun eingeschlagene Weg

weckt jedoch die Befürchtung, dass das Militär die Verfassungsgebung und Politik der nächsten Monate dominieren will. Sollte sich in der Zivilgesellschaft die Meinung durchsetzen, dass es der Militärregierung nicht um politische Reformen und die Rückgabe der politischen Macht gehe, dann dürfte es schnell zu Protesten gegen die Militärherrschaft kommen. Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet der letzte Staatsstreich aus dem Jahr 1991. Als deutlich wurde, dass das Militär seine Macht konservieren wollte, kam es im Mai 1992 zu Massenprotesten und Ausschreitungen in Bangkok.

Literatur

- Bünthe, Marco (2000), *Probleme der Demokratischen Konsolidierung in Thailand*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Bünthe, Marco (2006), „Das thailändische Königtum: Stabilitätsanker und Legitimitätsreserve des politischen Systems“, in: *Südostasien aktuell*, Nr. 3/2006, S.29-39
- Bünthe, Marco (2006), „Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand. Thaksins Populismus in der Krise“, *GIGA-Fokus Asien*, 2/2006
- Croissant, Aurel (2002), *Von der Transition zur defekten Demokratie: Politische Entwicklungen in den Philippinen, Südkorea und Thailand*, Wiesbaden
- Huntington, Samuel (1991), *The Third Wave*, Norman
- International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance*, London, verschiedene Jahrgänge
- McCargo, Duncan/Ukrist Pathmanand (2005), *The Thaksinization of Thailand*, Copenhagen: NIAS
- McCargo, Duncan (2006), „Network Monarchy and legitimacy crisis in Thailand“, in: *Pacific Review*, Nr. 1, März, S.499-519
- Ockey, James (2001), „Thailand: The Struggle to Redefine Civil-Military Relations“, in: M. Alagappa (Hrsg.), *Coercion and Governance. The Declining Role of the Military in Asia*, Stanford, S.187-209